

Erneute Turbulenzen am Beschäftigungshorizont

Die Weltwirtschaft wird weniger wachsen als Trends im Vorfeld der globalen Krise 2008 voraussagten. Dies vertieft das erhebliche Beschäftigungsdefizit und dessen soziale Folgen. Die Herausforderung, Arbeitslosigkeit auf Vorkrisen-Niveau zu senken, erscheint unverändert schwierig. Damit sind erhebliche soziale und wirtschaftliche Risiken verbunden.

Das weltweite Beschäftigungsdefizit, verursacht durch die Krise, vertieft sich

Laut dem vorliegenden Bericht dokumentiert werden sich die weltweiten Beschäftigungsaussichten in den kommenden fünf Jahren verschlechtern. Weltweit sind 2014 mehr als 201 Millionen Menschen ohne Arbeit, über 31 Millionen mehr als zu Beginn der globalen Krise 2008. Es ist zu erwarten, dass die globale Arbeitslosigkeit um drei Millionen im Jahr 2015 und um weitere acht Millionen in den folgenden vier Jahren steigen wird.

Das globale Beschäftigungsdefizit, das die Zahl der weggefallenen Arbeitsplätze seit Beginn der Krise misst, beläuft sich derzeit auf 61 Millionen. Neue Arbeitsmarkteintritte in den nächsten fünf Jahren berücksichtigend, werden zusätzlich 280 Millionen Arbeitsplätze bis 2019 benötigt, nur um das durch die Krise verursachte globale Beschäftigungsdefizit aufzufangen.

Junge Menschen und besonders junge Frauen sind weiterhin überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Fast 74 Millionen junger Menschen (zwischen 15-24 Jahre) suchten 2014 Arbeit. Die Rate der Arbeitslosigkeit für Jugendliche ist praktisch dreimal höher als die Arbeitslosenrate für Erwachsene. Die schwierige Situation für Jugendliche am Arbeitsmarkt betrifft alle Regionen und tritt, trotz des Trends zu besseren Bildungsabschlüssen, auf. Dies heizt soziale Unzufriedenheit an.

Die Beschäftigungssituation ist in einigen Industrieländern besser, aber große Schwierigkeiten bleiben in vielen europäischen Ländern....

Es gibt eine Trendumkehr der Beschäftigungsaussichten über verschiedene Regionen. In der Gruppe der Industrieländer findet eine Erholung des Jobmarktes statt – allerdings mit großen Differenzen zwischen den Ländern. Die Arbeitslosigkeit fällt - manchmal auf Vorkrisenniveau - in Japan, den Vereinigten Staaten von Amerika und einigen europäischen Ländern. In Südeuropa geht die Arbeitslosigkeit –allerdings von hohem Ausgangsniveau - nur langsam zurück.

...und verschlimmert sich in Schwellen- und Entwicklungsländern

Demgegenüber – und nach einer Phase besserer Entwicklung im globalen Vergleich - in einer Reihe von Ländern mittleren Einkommens und in Entwicklungsregionen wie Lateinamerika und der Karibik, China, der Russischen Föderation und einigen arabischen Ländern. Für Sub-Sahara-Afrika hat sich die Beschäftigungssituation nur wenig verbessert, trotz anziehendem Wachstum. In den nächsten fünf Jahren wird für die meisten dieser Länder die Unterbeschäftigung und informelle Beschäftigung anhaltend hoch bleiben.

Der starke Rückgang beim Öl- und Gaspreis - falls anhaltend – könnte die Beschäftigungsaussichten in Öl-importierenden Ländern verbessern. Im Gegensatz dazu wird dies die Arbeitsmärkte der Öl- und Gasförderländer belasten, besonders in Lateinamerika, Afrika und der arabischen Region. In der Folge stagnieren die Fortschritte hinsichtlich der prekären Beschäftigungssituation in Schwellen- und

Entwicklungsländern. Es wird erwartet, dass der Anteil prekärer Beschäftigung in diesen Ländern konstant hoch bleiben, und ca. 45 Prozent der Gesamtbeschäftigung in den nächsten zwei Jahren betreffen wird. Dies steht in starkem Gegensatz zu Beobachtungen von vor der Krise. Seit 2012 hat sich die Anzahl der Arbeiter in prekärer Beschäftigung um 27 Millionen Menschen erhöht und zählt derzeit 1,44 Milliarden Menschen weltweit. Sub-Sahara-Afrika und Südasien verzeichnen mit drei von vier Arbeitern mehr als die Hälfte der weltweit unter prekären Bedingungen arbeitenden Menschen. Auch die Reduzierung der Armut hat sich verlangsamt. Am Ende dieser Dekade wird ein Arbeiter von 14 unter extremen Armutsbedingungen leben.

Steigende Einkommensungleichheit, verzögerte Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts

In Ländern, für die Daten zur Verfügung stehen, besitzen die reichsten 10 Prozent 30 bis 40 Prozent des gesamten Einkommens, während auf die ärmsten 10 Prozent nur zwei Prozent des Gesamteinkommens fallen.

In einigen Industrieländern haben sich als Nachwirkung der Finanzkrise Einkommensungleichheiten, die historisch weniger ausgeprägt waren als in Entwicklungsländern, rapide verschärft. In einigen Fällen erreicht die Einkommensungleichheit ein Niveau, das in Entwicklungsländern beobachtet werden kann. In Schwellen- und Entwicklungsländern, wo sich die Einkommensschere normalerweise insgesamt etwas geschlossen hat, bleibt das Niveau der Ungleichheit hoch und Verbesserungen stellen sich wesentlich langsamer ein.

Verstärkt werden diese Entwicklungen in den letzten Jahren zudem durch den Rückgang der Arbeitsplätze, die ein mittleres Qualifikationsniveau erfordern. Dies hat parallel zu einer erhöhten Nachfrage von sowohl niedrigqualifizierten als auch hochqualifizierten Arbeitsplätzen geführt. Als Folge davon sind relativ gut qualifizierte Arbeitnehmer der mittleren Qualifikationsebene verstärkt gezwungen, mit Arbeitern in niedrigqualifizierten Jobs zu konkurrieren. Diese berufsbedingten Veränderungen haben Beschäftigungsstrukturen hervorgebracht, die in den letzten zwei Dekaden zur steigenden Einkommensungleichheit beigetragen haben.

Zudem wird mit steigenden Einkommensungleichheiten das Vertrauen in Regierungen geschwächt. Eine zunehmende Verschlechterung zeigt sich hier besonders im Mittleren Osten und Nordafrika aber auch in Industrieländern, Ostasien und Lateinamerika.

Rückgänge in diesem Ausmaß, besonders wenn sie von stagnierenden oder sinkenden Einkommen begleitet werden, können zu sozialen Unruhen beitragen. Der Report schätzt, dass die Wahrscheinlichkeit sozialer Unruhen mit anhaltender Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Vor der globalen Krise war die Wahrscheinlichkeit für soziale Unruhen geringer und ist seitdem angestiegen. Länder mit hoher oder schnell ansteigender Jugendarbeitslosigkeit sind besonders anfällig für soziale Unruhen.

Ein besserer Ausblick ist möglich

Eine Wende zum Besseren ist möglich, wenn die zugrundeliegenden Schwächen in Angriff genommen werden. Wie in vorherigen ILO-Analysen hervorgehoben, sind gut durchdachte Einkommens-, Unternehmens-, Beschäftigung- und Sozialpolitiken, die zur Erhöhung der

Gesamtnachfrage und mehr Unternehmensinvestitionen führen, notwendig. Das Kreditwesen sollte sich daran orientieren, die Wirtschaft - besonders kleine Unternehmen - zu unterstützen. Die Schwäche der Eurozone muss mit Augenmaß und Entschlossenheit angegangen werden. Steigende Ungleichheiten müssen durch abgestimmte Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik verringert werden.

Hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, das Herausfallen aus dem Arbeitsmarkt, was vor allem Frauen betrifft sowie weitere anhaltende soziale Gefährdungen, gehen mit einer schwachen Erholung auf dem Arbeitsmarkt einher. Auch dies muss adressiert werden. Die Antworten sind inklusive Arbeitsmarktreformen, die Beteiligung unterstützen, gute Arbeit fördern und Qualifikationen verbessern.